

# Unverzichtbar

## INTERVIEW BDE-Präsident Peter Kurth über die Anforderungen an die Entsorgung von Elektroaltgeräten.

**GG:** Der BDE kritisiert die derzeitige Praxis der Sammlung und des Transports von Elektroaltgeräten (EAG). Warum?

**PK:** Weil in vielen Elektroaltgeräten Lithiumbatterien stecken und die Mengen in den nächsten Jahren deutlich steigen werden. Das lässt sich leicht errechnen, da die Nutzungsdauer dieser Energiespeicher bei maximal zehn Jahren liegt. Es wird geschätzt, dass bis 2020 die Menge an ausgedienten Lithium-Ionen-Batterien um das Zehnfache zunimmt. Andererseits haben wir in der Tat das Problem der Selbstentzündung, das dazu führen kann, dass durch eine einzige Batterie eine ganze Transportladung ausbrennt. Das sind Gefährdungen für den Straßenverkehr, aber insbesondere für den Fahrer. In den Behandlungsanlagen sind die Abläufe ähnlich. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass defekte, leicht entzündliche Batterien und Akkus frühzeitig separiert werden. Das ist angesichts der stark steigenden Mengen sowohl für den Transport als auch für die Anlagenbehandlung eine erhebliche Herausforderung.

**GG:** Wo sehen Sie die Maßnahmen des frühzeitigen Separierens?

**PK:** Wir haben für die geplante Novelle zum Elektroggesetz eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, unter anderem zum Separieren, und zwar:

- › Kennzeichnung von allen Geräten mit Lithiumbatterien, um Endverbrauchern und Stoffstrombeteiligten frühzeitig die Identifizierung zu erleichtern.
- › Eine Regelung, dass grundsätzlich das Elektrogerät von der Batterie oder vom Akku durch den Letztnutzer getrennt werden muss und, wenn möglich, getrennt der Erfassung und Entsorgung zugeführt wird.
- › Überall da, wo eine Trennung zwischen Gerät und hochenergetischen Batterien nicht möglich ist, brauchen wir eine spezielle Erfassung der Geräte in ADR-konformen Behältern.
- › Entsprechend geschulte Fachkräfte, die an den Annahmestellen den Umgang mit diesen Geräten praktisch durchführen.

**GG:** Die Separierungsverpflichtung soll auf den privaten Verbraucher übergehen?

**PK:** Nicht alleine, aber der Letztbesitzer hat nun mal das Elektrogerät in Besitz. Gerät und Akku nicht zusammen zu entsorgen und damit nicht die Gefahr zu erhöhen, scheint uns wichtig.

Das alles sind Basispunkte, die unverzichtbar sind. Viele Stellungnahmen zum Entwurf des neuen Elektroggesetzes sind identisch zu unseren Forderungen oder laufen in eine ähnliche Richtung. Ich bin mir sicher, dass die Unternehmen schnell reagieren werden. Und jeder Brand lässt ja bei den Versicherungen den Ruf nach angemessener Ausstattung größer werden.

**GG:** Bis wann wird die Umstellung Ihrer Meinung nach vollzogen sein?

**PK:** Schon 2015, ganz klar.

**GG:** Das bedeutet, dass Entsorgungsunternehmen, die für das Sammeln und Transportieren zuständig sind, ab kommendem Jahr umgestellt haben werden?

**PK:** Wir diskutieren ja die Frage, wie man Elektrokleingeräte künftig entsorgt, ganz intensiv. Auch deshalb, weil hier die quantitative Ausbeute noch sensationell unbefriedigend ist. Das liegt unter anderem daran, dass die Sammlung nicht haushaltsnah organisiert ist. Wir vermuten, dass 150.000 Tonnen aller Elektroaltgeräte jährlich in den Restmüll wandern. Niemand fährt mit einem kaputten Toaster oder Rasierer zum Wertstoffhof. Nachdem eine jahrzehntelang in vielen Landkreisen praktizierte Schrottsammlung untersagt wurde, weil die Kommunen die Materialien zum Wertstoffhof gebracht haben wollen, kam deutlich weniger auf den Schrottplätzen an. Die alleinstehende Bäuerin auf dem Lande bringt ja ihre Waschmaschine oder ihren alten Herd nicht zum Wertstoffhof, sondern in die Scheune. Früher wurden solche Geräte von sogenannten Klingelkerlen abgeholt. Jetzt gibt es diese Praxis nicht mehr und die Schrottplätze sind überrascht, weil die Mengen aus den Privatsammlungen um 30 Prozent zurück-



**Peter Kurth, Präsident des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.**

gegangen sind. Wenn die kommunalen Entsorgungsunternehmen es besser machen wollen, sollten sie sich ein entsprechendes Konzept überlegen.

**GG:** Die Entwicklung hin zu Depotcontainern müssen Sie ja dann gutheißen.

**PK:** Das kommt darauf an. Die Kommunen legen ja allergrößten Wert darauf, dass sie zuständig sind für die Sammlung, sie tun aber nichts dafür. Da gibt es das Modell, den Einzelhandel stärker in die Pflicht zu nehmen. Das ist kein schlechter Ansatz, er kollidiert nur mit der Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Aufnahme und Sammlung mit qualifiziertem Personal. Das werden einige Läden ganz gut machen. Bei anderen ist das nicht so sicher. Das führt dann zu entsprechenden Überwachungs- und Aufsichtspflichten bei den Kommunen.

**GG:** Stellt die Novellierung des Elektroggesetzes eine gute Chance dar, dass sich die Situation bessert?

**PK:** Sagen wir mal so. Wir verkennen das Problem nicht. Das ist wirklich ein erhebliches und es wird quantitativ dramatisch ansteigen. Deswegen muss jetzt etwas geschehen. Ich bin relativ optimistisch, dass dies gelingen wird, weil es sich hier nicht um eine „Raketwissenschaft“ handelt und von daher glaube ich, dass kein riesenlanger Anlaufzeitraum erforderlich ist.

**Das Interview führte Daniela Schulte-Brader**